MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR BILDUNGSFORSCHUNG
FORSCHUNGSBEREICH
BILDUNG, ARBEIT UND GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Max-Planck-Institut
für Bildungsforschung
Bibliothek / Info. / Dokumentation
Lentzeallee 94, D-14195 Berlin
Tel. 030 / 82 99 5 - 1
E 94/1814-5

Arbeitsberichte aus dem Projekt

LEBENSVERLAUFE UND HISTORISCHER WANDEL
IN DER EHEMALIGEN DDR

Familienentwicklung und Haushaltsgründung in der DDR: Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung?

Johannes Huinink

Arbeitsbericht 5/1993

LENTZEALLEE 94, D-14195 BERLIN

E 94/1814-5

10067299

Das Projekt „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR" ist Teil des Forschungsprogramms „Lebensverläufe und historischer Wandel" (Leiter Karl Ulrich Mayer).
Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Projekts sind: Johannes Huinink (Leiter), Martin Diewald, Karl Ulrich Mayer, Heike Solga, Annemette Sørensen und Heike Trappe.

Familienentwicklung und Haushaltsgründung in der DDR: Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung?

Johannes Huinink

Arbeitsbericht 5/1993

Das Forschungsprojekt "Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR"

Inhaltliche Schwerpunkte:

- die (vergleichende) Sozialstrukturanalyse individueller Lebensverläufe in der DDR und in der BRD
- die Analyse individueller Handlungsstrategien in einem autoritär organisierten Staat und der nicht-beabsichtigten Folgen individuellen und staatlichen Handelns
- die Analyse der gesellschaftlichen Transformation in Ostdeutschland und ihrer Auswirkungen auf individuelle Lebenverläufe

Datenbasis

Grundgesamtheit:

Die deutsche Wohnbevölkerung der Geburtsjahrgänge 1929-31, 1939-41, 1951-53 und 1959-61 in den Neuen Bundesländern im Oktober 1990

Stichprobe:

Personenstichprobe aus dem infas-Master-Sample, das im Oktober 1990 aus dem zentralen Einwohnermelderegister der ehemaligen DDR gezogen wurde

Erhebungszeiträume:

Pilotstudie: Februar/März 1991
Pretest: Mai/Juni 1991
Probeinterviews: August 1991
Haupterhebung: September 1991 - September 1992
Schriftliche Zusatzerhebung Juni - Juli 1993

Erhebungsmethode:

Persönliche (mündliche) Interviews auf der Basis eines standardisierten Lebensverlaufsfragebogens; Aufzeichnungen der Interviews auf Tonband
Postalische, schriftliche Befragung

Realisierte Fälle:

Pilotstudie: 34
Pretest: 71
Probeinterviews : 81
Haupterhebung: 2331
Schriftliche Zusatzerhebung: 1254

1 Einleitung

Eine naheliegende Ausgangsfrage für Studien zur Familienentwicklung in der DDR ist, was die Menschen in der DDR bis zuletzt zu der sehr frühen Familiengründung bewegt haben mag. Man ist sich in der Literatur weitgehend einig darüber, daß die Familie in der DDR-Gesellschaft sowohl aus der Sicht des Staates als auch in den Lebensentwürfen der Bevölkerung einen außerordentlich hohen Stellenwert besaß (Familiengesetzbuch der DDR 1975; Gysi 1989, 1990; Helwig 1984; Hille 1985; Hoffmann/Trappe 1990; Keiser 1992). Es wird von einer nicht unerheblichen normativen Erwartung an junge Erwachsene berichtet, frühzeitig eine eigene Familie mit Kindern zu gründen. Zur Begründung dieses Sachverhalts lassen sich eine ganze Reihe verschiedener Hypothesen formulieren, die zum großen Teil auch in der Literatur anzutreffen sind. Ich will hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige nur nennen.

1. Man kann auf die staatlich verbreiteten Normen und auch die in der Politik praktisch implementierten Regelungen verweisen, die spätestens seit Mitte der sechziger Jahre das Leben in der Ehe und der klassischen Kleinfamilie mit mindestens zwei Kindern bevorzugten und propagierten: Diese Familienverfassung wurde als ein wichtiges gesellschaftliches Regulativ verstanden und eingesetzt. Andererseits trug die auf möglichst umfassende Verfügbarkeit der Frauen im Arbeitsprozeß ausgerichtete Politik dazu bei, daß alternative Lebensformen für die Menschen an Attraktivität gewannen. Wir werden noch einen Eindruck von den Folgen dieser widersprüchlichen Politik bekommen.

2. Die frühe Familienbildung, so eine andere Hypothese, war Teil eines allgemeinen Konsenses in der Bevölkerung, dem "beizutreten" dem einzelnen seitens seiner sozialen Umwelt abverlangt wurde. Nur auf der Basis vergleichbarer, im übrigen eher kleinbürgerlicher Lebensbedingungen und Lebensformen (Engler 1992) konnte eine hinreichend große individuelle Interessenskongruenz garantiert oder signalisiert werden, die wiederum eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Solidarität im informellen, nichtöffentlichen Bereich war.

3. Auch wird behauptet, daß die frühe Familiengründung Ausdruck des starken Verweises der DDR-Bevölkerung auf das Private war. Die Trennung des privaten Lebens von der formalen Struktur der DDR-Öffentlichkeit mag danach ausgeprägter gewesen sein, als es für Westdeutschland angenommen werden kann. Man ist geneigt, den Begriff von der "Gegenstruktur" (Rosenbaum 1978) aufzugreifen und inhaltlich neu zu füllen: Die Familie war die Basis für ein persönliches Engagement,

das nie gesellschaftlich-öffentlich werden durfte (womit keineswegs gemeint sein kann, daß es nicht gesellschaftlich hoch bedeutsam war). Gerade deshalb konnte dieses Engagement aber, um so mehr als es von der Auseinandersetzung mit dem Öffentlichen entlastet war, den privaten Raum für die Konstruktion individueller Autonomiefelder nutzen.

4. Weiterhin könnte man unter dem Gesichtspunkt des Vergleichs mit Westdeutschland anführen, daß die relative Begrenztheit der Vielfalt von Lebensoptionen in der DDR die frühzeitige Familiengründung junger Frauen und Männer befördert hat. Mehr noch, gerade solche Entwürfe individueller Lebensgestaltung, in denen Familie und Kinder eher als Hemmnis und Hinderungsmoment zu betrachten gewesen wären, stießen auf ein besonders kleines Angebot in der DDR-Gesellschaft. Die beschränkten Reisemöglichkeiten und Konsumangebote mögen hier nur als ein plakatives Beispiel genannt werden.

5. Ein wesentliches Moment, das für die frühe Familiengründung im "Kalkül" individueller Lebensplanung eine Rolle gespielt haben dürfte, ist mit der Tatsache verbunden, daß junge Erwachsene schon frühzeitig eine relativ große Sicherheit, bezogen auf die existentiellen Grundlagen der zukünftigen Lebensperspektiven, haben konnten. Mit langfristigen Commitments verbundene Entscheidungen waren wegen der umfassenden staatlichen Garantien mit einem geringen Risiko für den zukünftigen Lebenslauf verbunden. Das galt auch für den Fall, daß sich Partner wieder voneinander trennten und fast ausschließlich die Mütter dann alleinerziehend ihre elterlichen Aufgaben mit der notwendigen Erwerbsarbeit verbinden mußten.

6. Man könnte schließlich vermuten, daß die jungen Menschen in der DDR mit der frühen Heirat und Elternschaft instrumentelle Interessen verbunden haben. Im engeren Sinne ist damit gemeint, daß sie die Ehe und den Start in die Elternschaft vor allem als Mittel eingesetzt haben, um sich den Zugang zu wichtigen öffentlichen Gütern, wie zum Beispiel Wohnungen, zu sichern, sich finanzielle Ressourcen für die Ausstattung der Wohnung zu erschließen oder auch einen willkommenen zwischenzeitlichen Ausstieg aus der Erwerbsarbeit zu erreichen. Man kann im Anschluß an diese "Instrumentalisierungshypothese" auch postulieren, daß normative Regulierungen und Wertmuster, bezogen auf die Familienentwicklung, als das Ergebnis sozialer Integrationsprozesse anzusehen sind, die auf die massenhafte, aber individuell motivierte Ausnutzung möglicherweise nur geringfügiger instrumenteller Vorteile zurückgehen. Scheinbar losgelöst vom instrumentellen Hintergrund wird eine Verhaltensstruktur dann gleichsam ein Issue sozial konformen Verhaltens oder einer sozialen Norm.

Eine empirische Überprüfung der einen oder anderen Hypothese dürfte nur schwer möglich sein. Auf der Basis von Lebensverlaufsdaten aus dem Projekt "Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR" des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung gehe ich in diesem Beitrag Hinweisen auf die Bedeutung instrumenteller Motivationslagen im Zusammenhang mit der Planung und dem Timing von Ereignissen im Übergang zum Erwachsenenalter nach. Daraus lassen sich, so ist zu erwarten, zumindest indirekt Rückschlüsse auf einige Aspekte der zuvor aufgelisteten Hypothesen ziehen. Nur am Rande werde ich auf die wichtige Frage eingehen, inwieweit klassische sozialstrukturelle Differenzierungen (Ausbildung und Beruf) in diesem Zusammenhang eine Rolle gespielt haben mögen, und wenn ja, auf welche Weise. Ein besonderes Augenmerk gilt den Veränderungen über verschiedene Geburtsjahrgangskohorten hin, deren Mitglieder zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten geheiratet und eine Familie gegründet haben. Es handelt sich dabei um die Geburtskohorten 1929-31, 1939-41, 1951-53 und 1959-61. In den älteren Kohorten dürften noch deutlich nach dem Ausbildungsniveau differenzierte Muster im Timing der Familiengründung zu finden sein. Für die jüngeren Kohorten kann man dagegen erwarten, daß die Faktoren, die den hohen Stellenwert des Lebens in einer Partnerschaft und einer Familie an sich begründen, kaum noch mit der sozialen Position interagieren. Im Zusammenhang mit Annahmen der Instrumentalisierungshypothese könnte aber die Differenzierung nach unterschiedlichen Ausbildungsgängen in spezifischer Weise zur Klärung der Beziehung zwischen individueller Lebensplanung mit dem Timing der Familiengründung und besonderen staatlichen Regelungen beitragen. Gemeint ist hier vor allem die Abstimmung zwischen Erfordernissen der Ausbildungs- und Berufslaufbahn und dem Start in eine eigene Familie.

2 Zur Datengrundlage

Auf der Grundlage einer Personenstichprobe aus dem zentralen Einwohnermelderegister der DDR vom Oktober 1990 haben wir im Rahmen des Projekts "Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR" (LV-Ost), das am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung durchgeführt wird, bei Männern und Frauen aus den vier Geburtsjahrgängen der 1929-31, 1939-41, 1951-53 und 1959-61 Geborenen umfangreiche Lebensverlaufsinformationen erhoben (Huinink 1992). Im Oktober 1992 haben wir nach einer einjährigen Feldphase die Erhebung von 2231 Lebensverläufen in der ehemaligen DDR abgeschlossen. Die Erhebung wurde von infas durchgeführt. Zwischenzeitlich verzogene Zielpersonen wurden nachverfolgt und bei erfolgreicher Adressenrecherche ebenfalls befragt. Wir haben daher auch einige

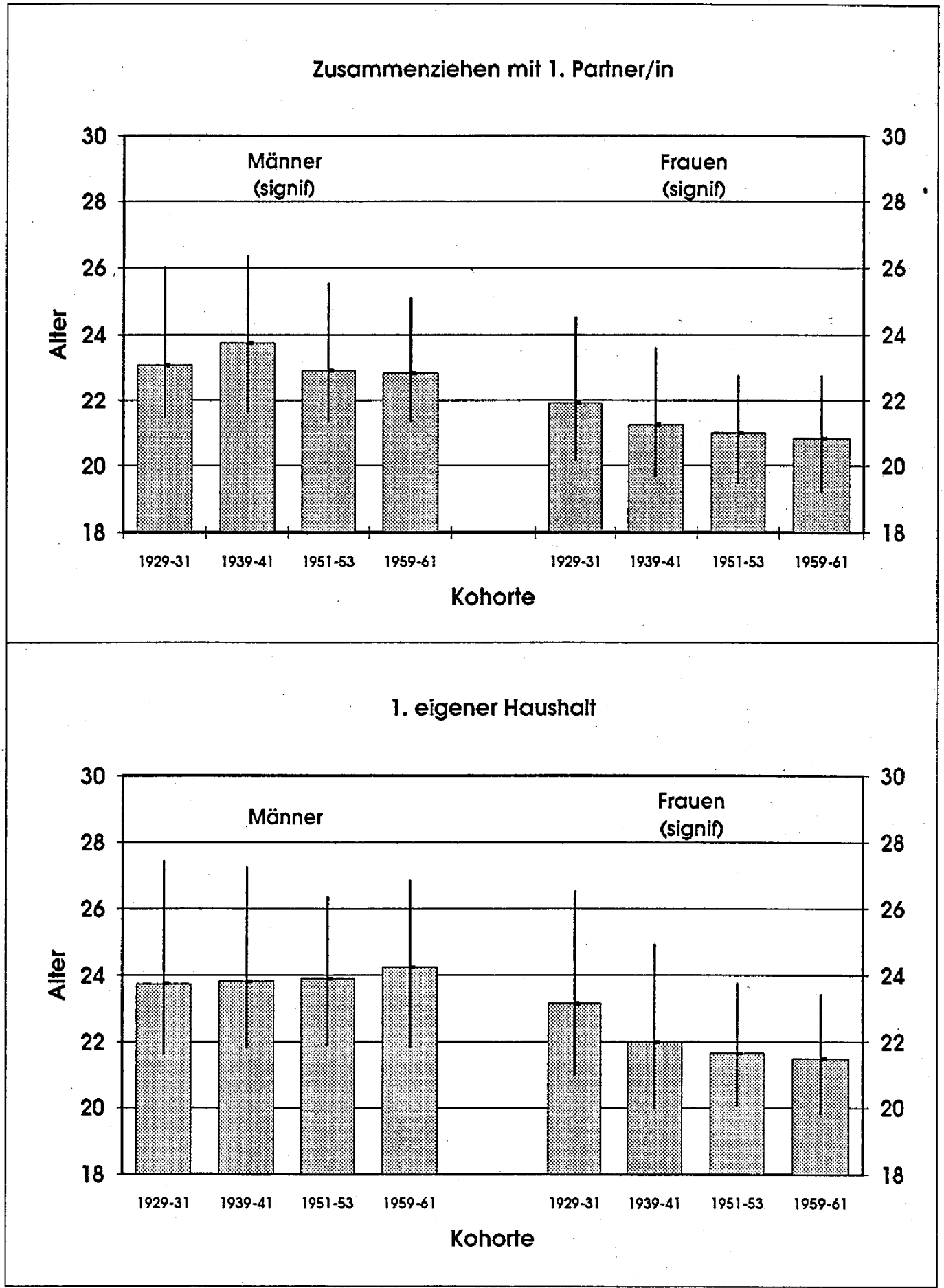
wenige Ost-West-Migranten im Sample. Wegen des Stichtags der Stichprobe sind all diejenigen, die vor dem Herbst 1990 die DDR verlassen haben, jedoch nicht in der Grundgesamtheit enthalten.

Die Informationen, die erhoben worden sind, sind weitgehend ereignisbezogen und decken einen Großteil wichtiger Lebensbereiche, wie den Bildungs-, Erwerbs-, Familien- und Migrationsverlauf ab. Wir haben das Frageprogramm zu den zentralen Ereignissen im Lebensverlauf der Zielpersonen durch eine Reihe von Fragen zu Netzwerken, Hilfeleistungen, öffentlichem Engagement, Änderungen der beruflichen Situation während der Wende, sozialpolitischen Einstellungen, persönlichkeitspsychologischen Merkmalen und Zukunftserwartungen ergänzt. Wir haben auch versucht, durch einen bestimmten Typ von Fragestellungen den sozio-demographischen Teil der Retrospektive zu ergänzen. Mit den sogenannten Ereigniszusatzfragen wollten wir, bezogen auf bestimmte Ereignisse, wie Wohnungswechsel, die Aufnahme einer Ausbildung, Berufswechsel oder die Eheschließung, etwas mehr über den Bedingungszusammenhang dieser Lebensereignisse und/oder -entscheidungen erfahren.

3 Demographische Informationen

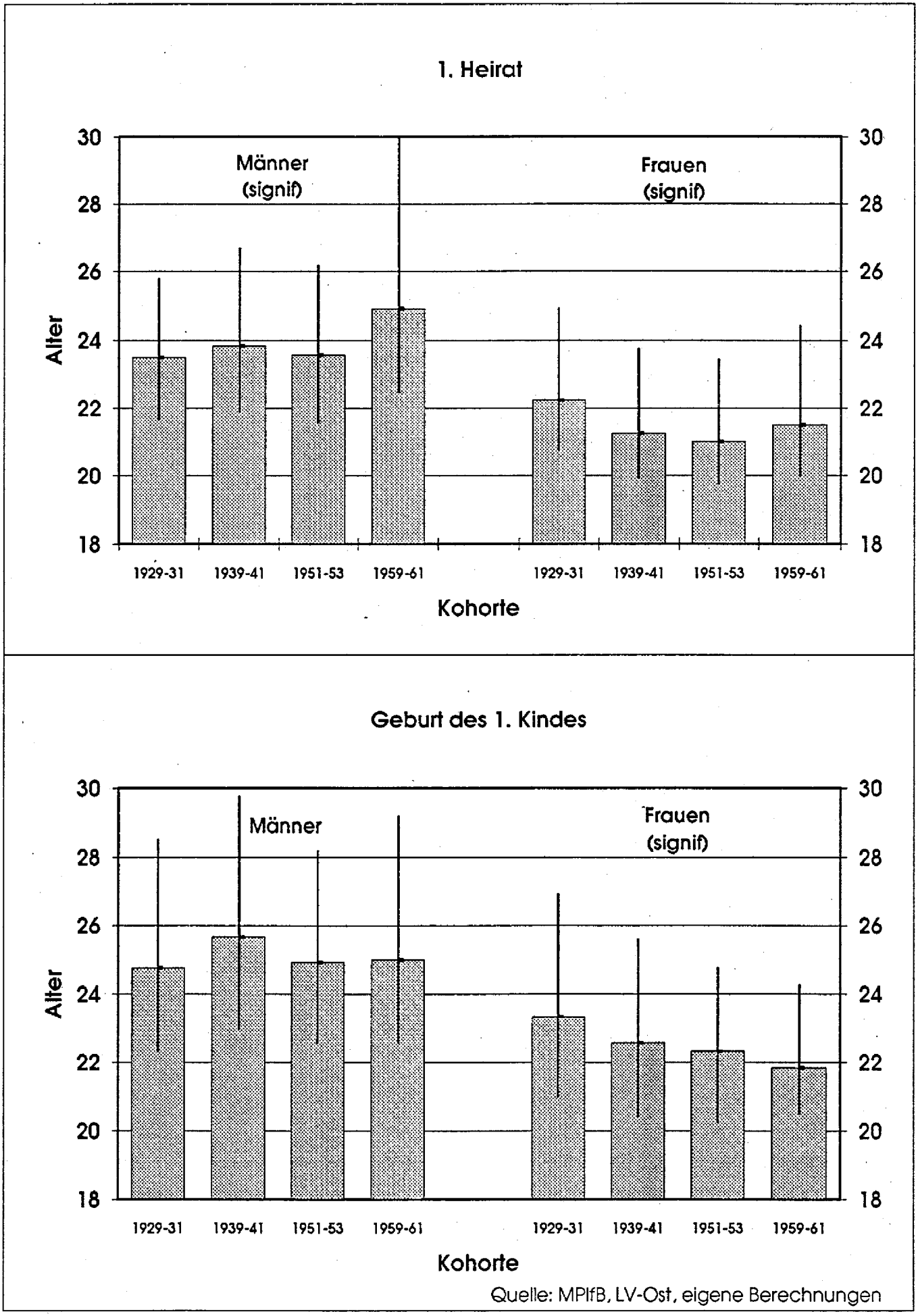
Ich beginne die empirischen Untersuchungen mit der Darstellung einiger demographischer Grundinformationen, die ich aus dem verwendeten Lebensverlaufsdatensatz berechnet habe. Ausführliche demographische Ergebnisse zur Veränderung des Heirats- und Geburtenverhaltens in der ehemaligen DDR, die auf Auswertungen der amtlichen Statistik beruhen, finden sich zum Beispiel bei Dorbritz (1992) und Wendt (1991). Ich will diese Befunde nicht im einzelnen kommentieren und mich auf eine Reihe von wesentlichen Rahmendaten konzentrieren. In den Schaubildern 1 und 2 sind die Quartile der Altersverteilung unserer Befragten beim Start in den ersten eigenen Haushalt, beim Zusammenziehen mit einem Partner, bei der Eheschließung, der Geburt des ersten Kindes für die Männer und Frauen der Kohorten in der Studie LV-Ost dargestellt. Die grauen Säulen stellen den Median, die Enden der Linien unterhalb und oberhalb des Medianwertes das erste und dritte Quartil der jeweiligen Altersverteilung dar.

Schaubild 1:
Altersquartile bei Ereignissen der Familienentwicklung



Quelle: MPIfB, LV-Ost, eigene Berechnungen

Schaubild 2:
Altersquartile bei Ereignissen der Familienentwicklung



Quelle: MPIfB, LV-Ost, eigene Berechnungen

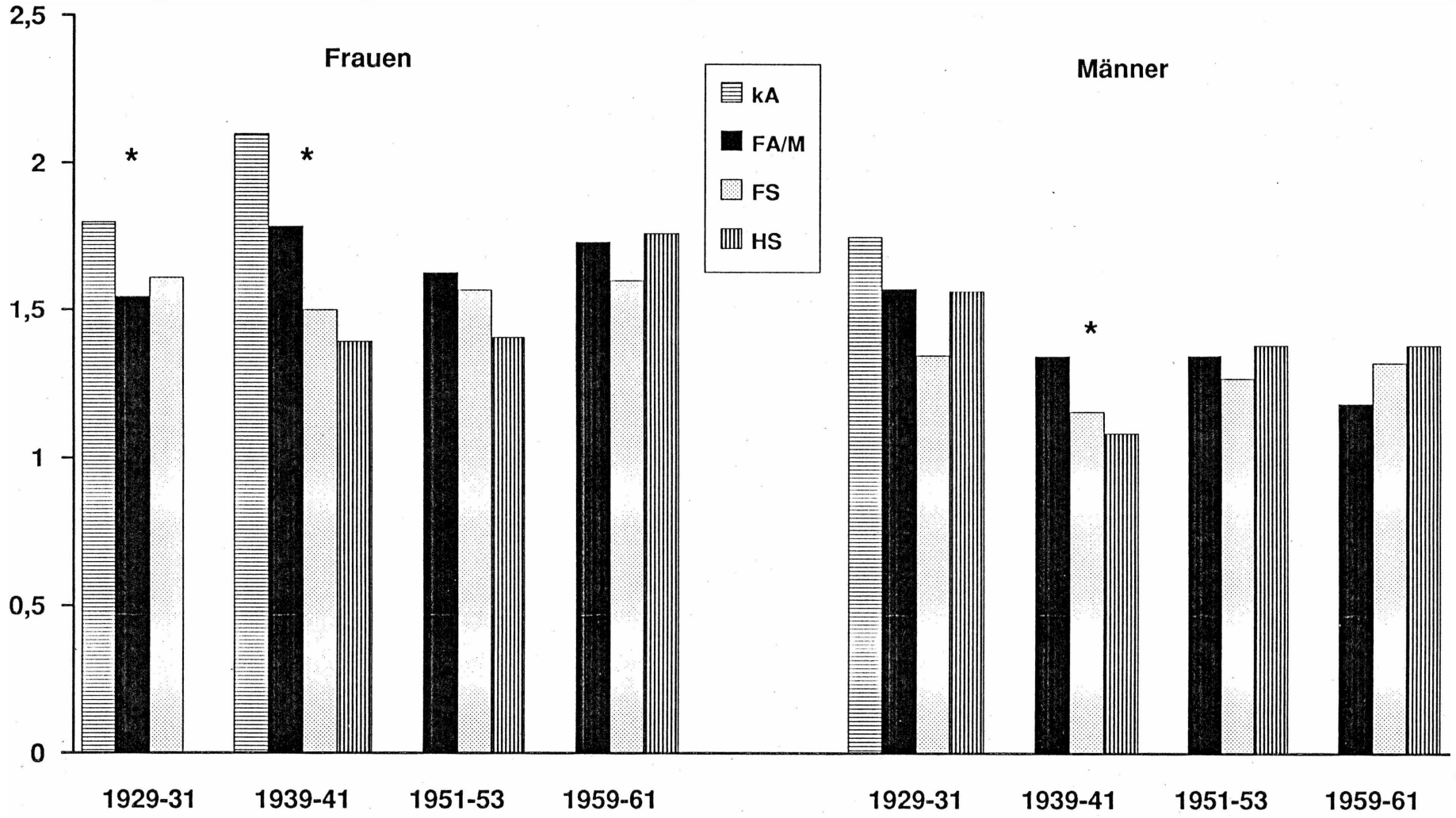
Wie man erkennt, sinkt bei den Frauen der Altersmedian beim erstmaligen Zusammenziehen mit einem Partner von Kohorte zu Kohorte. Das gleiche trifft für die Gründung des ersten eigenen Haushalts zu (Schaubild 1). Erst in der jüngsten der von uns befragten Kohorten, damit sehr viel später als in Westdeutschland, wird die Heirat zunehmend auf ein höheres Alter aufgeschoben. Doch überraschenderweise und völlig im Gegensatz zur westdeutschen Entwicklung stehend geht auch das Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes bis zu der jüngsten der von uns befragten Kohorten kontinuierlich zurück (Schaubild 2). Das erste und dritte Quartil der Altersverteilung rückt näher an den Median heran, was auf eine Zunahme der Altersgradierung der Familiengründung hinweist.

Die Veränderung des Altersmedians beim Zusammenziehen mit der ersten Partnerin nimmt bei den Männern im Vergleich der Kohorten 1929-31 und 1939-41 zunächst zu und entspricht in der jüngsten Kohorte wieder dem Wert der Kohorte 1929-31. Der Altersmedian bei der ersten Haushaltsgründung verändert sich kaum (Schaubild 1). Wie bei den Frauen ist bei den Männern ein deutlicher Anstieg des Altersmedians bei der ersten Heirat in der Kohorte 1959-61 zu verzeichnen. Der Anstieg des dritten Quartils ist hier noch weit stärker. Das Alter bei der Geburt des ersten Kindes bleibt dagegen relativ unverändert, außer in der Kohorte 1939-41 (Schaubild 2).

Die skizzierten Entwicklungen korrespondieren mit der Zunahme der Zahl von Personen, die in nichtehelichen Lebensgemeinschaften wohnen, und der Zahl nichtverheirateter Mütter und Väter, vor allem in der jüngsten Kohorte. Die Zeit, die unsere Befragten in nichtehelichen Lebensgemeinschaften vor allem mit Kindern verbringen, nimmt über die Kohorten hin stark zu.

Im Schaubild 3 zeige ich die durchschnittliche Anzahl von Kindern der Befragten im Alter 30, differenziert nach der Kohorte, dem Geschlecht sowie zusätzlich nach dem Ausbildungsniveau. Ich unterscheide Männer und Frauen ohne Ausbildungsabschluß (kA), Männer und Frauen mit einem Facharbeiter- oder Meisterabschluß (FA/M), Personen mit Fachschulabschluß (FS) und Personen mit Hochschulabschluß (HS). Hier, wie auch in den weiteren Analysen, ist für den Fall, daß jemand mehrere Ausbildungen absolviert hat, immer der höchste Ausbildungsabschluß gemeint. Wenn die Fallzahl zu einer Ausbildungsgruppe in einer Kohorte kleiner als 20 ist, fehlt die entsprechende Angabe zur durchschnittlichen Kinderzahl im Schaubild 3.

Schaubild 3: Die mittlere Kinderzahl bis zum Alter 30 nach Geschlecht, Kohorte und Ausbildungsabschluß

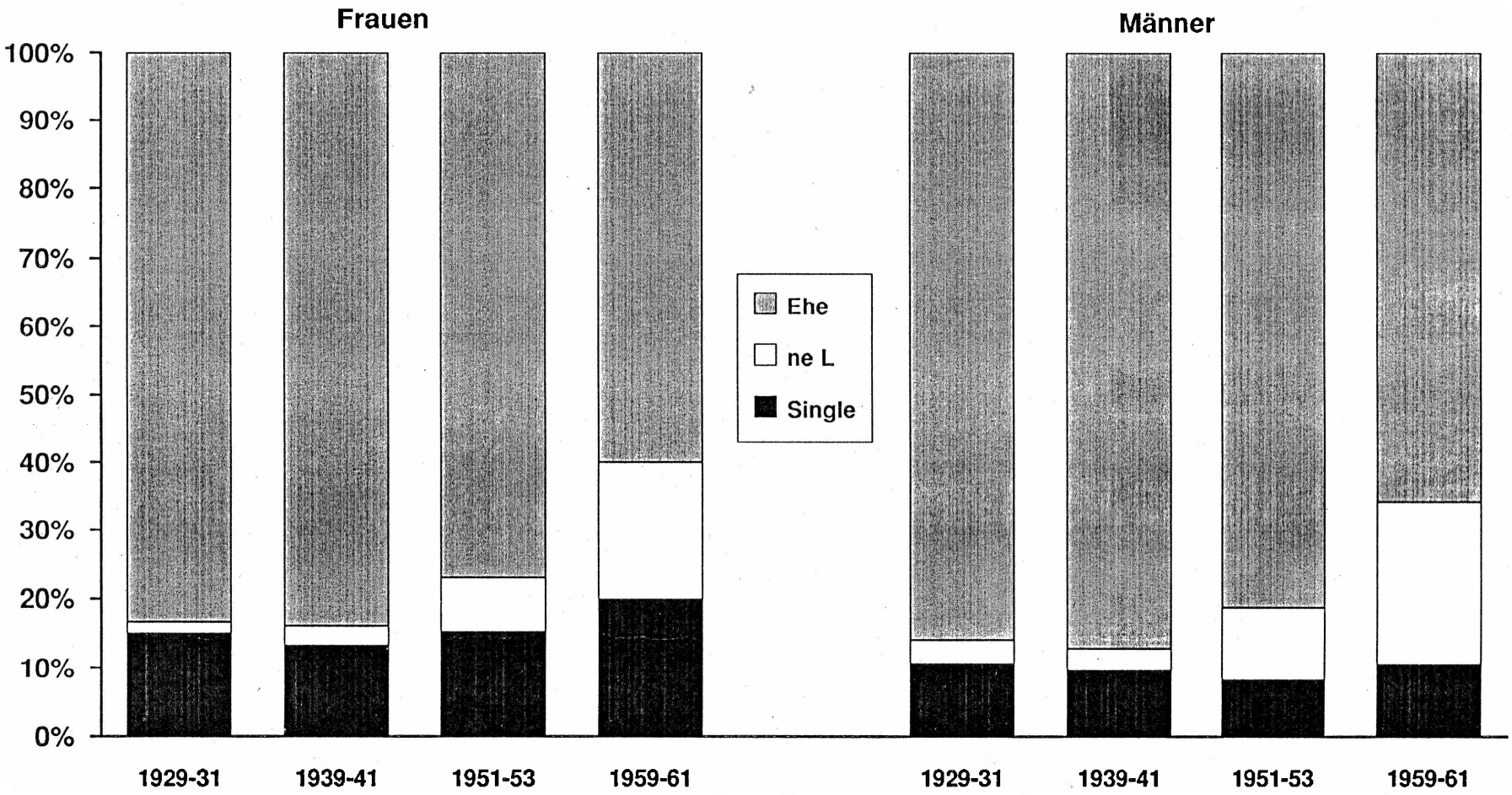


Quelle: MPIfB, LV-Ost, eigene Berechnungen

Die durchschnittliche Kinderzahl im Alter 30 verändert sich über die Kohorten hin nicht sehr stark. Während in den älteren Kohorten die Kinderzahl im Alter 30 aber noch signifikant mit dem Ausbildungsniveau variiert, gibt es in den jüngeren Kohorten keine signifikanten Unterschiede zwischen den verschiedenen Ausbildungsgruppen mehr. Das ist, wie man sieht, vor allem darauf zurückzuführen, daß die Vertreter höherer Ausbildungsgruppen in den jüngeren Kohorten im Alter 30 schon mehr Kinder haben, als das in den älteren Kohorten der Fall war. Das Ergebnis deutet also auf Veränderungen im Timing der Kindgeburten vor allem bei den HochschulabsolventINNen hin. Einen analogen Befund erhält man für den Anteil der Nichtverheirateten und der Kinderlosen, die ich nicht im Schaubild dargestellt habe. Für Männer und Frauen der Kohorte 1959-61 läßt sich zwischen den verschiedenen Bildungsgruppen ebenfalls kein signifikanter Unterschied im Timing der Eheschließung mehr nachweisen. Das gleiche gilt für das Alter der Geburt des ersten Kindes, allerdings nur für die Frauen aus dieser Kohorte.

Der Anteil nichtehelicher Erstgeburten ist von Kohorte zu Kohorte kräftig angestiegen. Wie man dem Schaubild 4 entnehmen kann, sind diese Kinder in der jüngsten Kohorte zur Hälfte in nichtehelichen Lebensgemeinschaften geboren. Das Schaubild 4 zeigt, zu welchen Anteilen das erste Kind bei den befragten Männern und Frauen unserer Kohorten zu einem Zeitpunkt geboren wurde, an dem die Befragten verheiratet waren (Ehe), in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebten (neL) oder allein bzw. noch bei den Eltern lebten (Single).

Schaubild 4: Lebensform bei der Geburt des 1. Kindes nach Geschlecht und Kohorte



Quelle: MPIfB, LV-Ost, eigene Berechnungen

In unserer Stichprobe steigt der Anteil außerhalb der Ehe geborener erster Kinder bis zur jüngsten Kohorte insgesamt auf etwa 40% an. Diese Zunahme ist vor allem auf Geburten zurückzuführen, die in nichtehelichen Lebensgemeinschaften erfolgen. Die größere Zahl der Geburten in nichtehelichen Lebensgemeinschaften reflektiert zum einen eine deutliche Zunahme der Zeit, die unsere Befragten der verschiedenen Kohorten in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft verbracht haben. Aber, so läßt sich zeigen, auch die Häufigkeit einer Kindgeburt in einer solchen Partnerschaft hat sich signifikant erhöht.

In der jüngsten Kohorte leben drei Viertel der alleinstehenden jungen Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes noch im elterlichen Haushalt. Ca. 25% der Frauen, die unverheiratet mit einem Partner zusammenleben, wohnen (mit ihrem Partner) bei der Geburt ihres ersten Kindes noch zu Hause. Bei verheirateten jungen Müttern ist es nur etwa ein Fünftel. Insgesamt erleben von den Frauen des Geburtsjahrgangs 1959-61 etwa 30% die Geburt ihres ersten Kindes zu einer Zeit, in der sie noch zu Hause leben. Die Männer leben noch zu 20% zu Hause, wenn sie erstmalig Vater werden.

4 Analysen zu Mustern der Familien- und Haushaltsgründung

4.1 Zum Aktivitätsstatus bei der Geburt des ersten Kindes

Nicht nur das relativ junge Alter bei der Familiengründung, auch der hohe Anteil nichtehelicher Geburten in den jungen Kohorten in der DDR ist bemerkenswert (vgl. Dorbritz 1992, Winkler 1990). Wie aus den obigen Angaben ersichtlich, haben sich diese Geburten vor allem vor der Gründung eines eigenen Haushalts durch die Mütter, also im elterlichen Haushalt, bzw. in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft ereignet. Man kann hinzufügen, daß letztlich nur ein sehr geringer Anteil dieser Mütter (bzw. Väter) mit nichtehelichen ersten Kindern langfristig unverheiratet geblieben ist. Es liegt nahe, nach Gründen für den starken Anstieg der Nichtehelichenquote bei den Erstgeborenen zu suchen.

Dazu gehört vor allem ein Blick auf die Regelungen der DDR-Regierung, die zur besonderen Unterstützung alleinstehender Mütter (unabhängig davon im übrigen, ob sie mit einem Partner zusammenleben oder nicht) eingeführt worden sind (Helwig 1987, Lampert 1991, Schilling 1989). Diese Regelungen sollten sichern, daß auch alleinstehende Mütter problemlos im Arbeitsprozeß integriert bleiben konnten. Aus familienpolitischer Sicht widersprechen sie eher dem seit Mitte der sechziger Jahre

offiziell propagierten Bild eines im Grunde bürgerlichen Familienideals. Zu den Regelungen gehörte u.a.:

- Seit 1972 bestand die Möglichkeit einer bezahlten Freistellung (bis zu drei Jahren) von der Berufstätigkeit für den Fall, daß man keinen Krippenplatz für das Kind fand oder das Kind krippenuntauglich war. Als Bezahlung bekam man das gesetzliche Krankengeld, mindestens aber 250,- DM bei einem Kind. Eine entsprechende, wenn auch nicht äquivalente, Möglichkeit wurde für verheiratete Frauen erst 1986 mit dem "Babyjahr" schon für das erste Kind eingeführt.
- Die Kinder alleinstehender Mütter wurden bei der Vergabe von Krippenplätzen bevorzugt berücksichtigt (Verordnung aus dem Jahre 1973).
- Seit 1967 gab es die Möglichkeit für alleinstehende Mütter, auch im Fall längerer Krankheiten des Kindes zu dessen Betreuung zu Hause zu bleiben, wobei dafür Krankengeld (Lohnfortzahlung) für die Mutter gezahlt wurde (zwischen 65% und 90% des Nettoverdienstes, je nach Kinderzahl). Für verheiratete Mütter gab es eine entsprechende Regelung erst ab 1984 und dann auch nur für Mütter mit drei oder mehr Kindern.
- Es gab ein höheres Kindergeld für alleinstehende Mütter (allerdings nur 25 DM).
- Seit 1972 gab es besondere materielle und immaterielle Unterstützungsleistungen für Mütter, die sich noch in der Ausbildung befanden.

Unverheiratete Mütter, zumal wenn sie in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebten, hatten also beträchtliche Vorteile gegenüber verheirateten Müttern. Dazu gehörte unter anderem die bezahlte Freistellung. Im Sinne der Instrumentalisierungshypothese könnte man naiv fragen, ob etwa die Möglichkeit des zeitweiligen bezahlten Ausstiegs aus dem Erwerbsprozeß ein relevanter Faktor gewesen sein mag, der zu der hohen Zahl nichtehelicher erster Kinder beigetragen hat. Betrachten wir daher, in welchen Aktivitätsphasen das erste Kind bei Männern und Frauen im Kohortenvergleich geboren wurde.

Einige kurze Bemerkungen zur Eheschließung vorweg. Nur von den 1929-31 geborenen Frauen ist ein nennenswerter Anteil (etwas mehr als 20%) zum Zeitpunkt der Eheschließung weder berufstätig noch in einer Ausbildung gewesen. In den folgenden Kohorten erreicht dieser Anteil kaum noch die 10%-Marke. Die Eheschließung während einer Ausbildung dagegen gewinnt in den jüngeren Kohorten an Bedeutung, bei den Frauen allerdings stärker als bei den Männern. Über 20% der Frauen der Kohorte 1959-61 heiraten während der Ausbildung. Mit zunehmendem Bildungsniveau war eine Heirat während der Ausbildung zudem immer wahrscheinlicher. Von

den Hochschulabsolventinnen heirateten in der Kohorte 1959-61 etwa 60% schon während des Studiums.

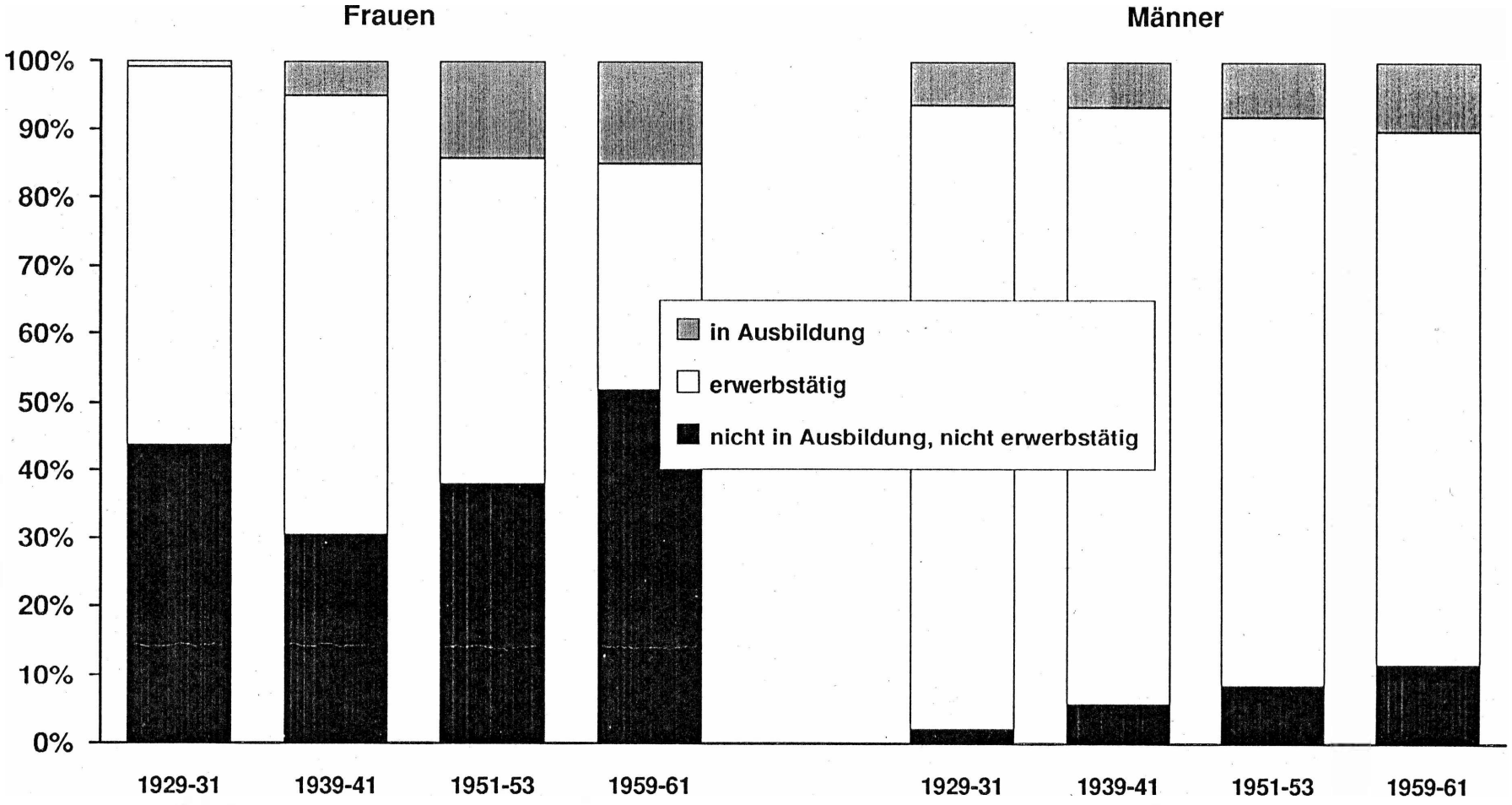
Im Schaubild 5 ist der Aktivitätsstatus von Männern und Frauen der vier Kohorten zur Zeit der Geburt des ersten Kindes dargestellt. Es ist angegeben, mit welchen Anteilen die Männer und Frauen zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes erwerbstätig, in Ausbildung oder weder erwerbstätig noch in Ausbildung gewesen sind. Dabei wurde jemand nur dann als nichterwerbstätig und nicht in Ausbildung befindlich klassifiziert, wenn dieser Aktivitätsstatus mindestens 7 Monate andauerte. Kürzere Unterbrechungsphasen wurden damit von vornherein ausgeschlossen.

Der Anteil der Frauen, die ihr erstes Kind während einer Ausbildung zur Welt bringen, steigt über die Kohorten hin an und ist im Vergleich zu Westdeutschland zum Schluß bemerkenswert hoch. Dieses Verhalten ist nicht nur momentaner Vorteile oder Absicherungen geschuldet, sondern nur möglich, wenn man schon zu diesem Zeitpunkt auch über stabile Zukunftserwartungen verfügte, die das langfristige Risiko einer Elternschaft minimal erscheinen ließen.

Überraschend ist aber, welch hoher Anteil der befragten Frauen der jüngsten der von uns befragten Kohorten im Zusammenhang mit der Geburt des ersten Kindes für einen Zeitraum den Erwerbsprozeß verlassen haben, der über den gesetzlichen Schwangerschafts- und Wochenurlaub hinausgeht (mindestens 8 Monate): Der Anteil beträgt bei den weiblichen Befragten der Kohorte 1959-61 fast 50%. Dieser hohe Anteil von Frauen mit einer Erwerbsunterbrechung von mehr als 7 Monaten ist nicht auf die Inanspruchnahme des Babyjahres für erste Kinder zurückzuführen. Die Inanspruchnahme einer einjährigen bezahlten Freistellung bei der Geburt des ersten Kindes war ja erst seit 1986 möglich. Die durchschnittliche Dauer der registrierten Unterbrechungen ist in dieser Kohorte allerdings im Unterschied zu den früheren Jahrgängen insgesamt sehr gering (vgl. Trappe 1993).

Ich habe hier nicht eigens graphisch dargestellt, wie die Verteilung des Aktivitätsstatus bei der Geburt des ersten Kindes mit dem erreichten Ausbildungsniveau variiert. Man kann feststellen, daß die Unterbrechungsraten mit dem Ausbildungsniveau nicht sehr entscheidend zurückgehen. Mit dem Bildungsniveau nimmt jedoch der Anteil erster Geburten während der Ausbildung stark zu. Er liegt bei den HochschulabsolventINNen der jüngsten der befragten Kohorten zwischen 35% und 45%. Das wäre in Westdeutschland undenkbar gewesen.

Schaubild 5: Aktivitätsstatus bei der Geburt des 1. Kindes nach Geschlecht und Kohorte



Quelle: MPIfB, LV-Ost, eigene Berechnungen

Es erhebt sich die Frage, wodurch der doch relativ hohe Anteil der Frauen in den jüngeren Kohorten, die die Erwerbstätigkeit über die Zeit des gesetzlichen Schwangerschafts- und Wochenurlaubs hinaus verlassen haben, bedingt gewesen sein mag. Ein Grund dürfte die zu Anfang der achtziger Jahre doch noch relativ lückenhafte Versorgung der Kleinkinder mit Krippenplätzen gewesen sein. 1980 war der Bedarf, allerdings nicht allein bezogen auf erste Kinder gemessen, zu etwa 65% gedeckt. Danach muß man davon ausgehen, daß ein relativ großer Teil der ohnehin nicht sehr lang andauernden Ausstiege dadurch bedingt war, daß für das Kind kein Krippenplatz zur Verfügung stand. Immerhin dürfte auch ein Teil der Frauen eine unbezahlte Freistellung in Anspruch genommen haben, weil sie eine so frühzeitige Unterbringung der Kinder in einer Kinderkrippe nicht befürworteten. In beiden Fällen erhielten verheiratete Frauen jedoch keinen finanziellen Ausgleich!

Kommen wir zurück zu der Frage, ob sich nicht hinter den hohen Nichtehelichenquoten eine Orientierung auf die Chance eines risikolosen, zeitweiligen Ausstiegs aus der Erwerbstätigkeit verbirgt, konnten doch unverheiratete Mütter unter bestimmten Bedingungen bezahlt den Beruf für eine Zeit bis zu drei Jahren verlassen: Könnte hier der ja immerhin bezahlte Ausstieg ein Motiv gewesen sein? Auch diese Frage ist eindeutig zu verneinen, wie Tabelle 1 belegt. Darin habe ich die Verteilungen nach dem Aktivitätsstatus von Frauen der Kohorten 1951-53 und 1959-61 bei der Geburt des ersten Kindes noch einmal danach differenziert, ob die Geburt des Kindes ehelich oder nichtehelich war, und bei nichtehelichen Geburten, ob die Geburt in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft erfolgte oder nicht.

Der Ausstieg aus dem Beruf für eine Zeit, die über den gesetzlichen Schwangerschafts- und Wochenurlaub hinausging, war bei den nichtverheirateten Frauen verhältnismäßig selten (ca. 39% in der Kohorte 1959-61). Der Anteil war bei Frauen, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebten, etwas höher als bei unverheirateten Singles. Bei den verheirateten Frauen in der Kohorte 1959-61 lag er dagegen bei fast 60%. Man kann daher kaum von einer "Instrumentalisierung" der nichtehelichen Mutterschaft für die berufliche Lebensplanung ausgehen. Das Krankengeld als Lohnersatz dürfte bei Singles auch kaum gereicht haben und daher keinen Anreiz auf eine Pause in der Erwerbstätigkeit geboten haben. Die alleinstehenden Mütter waren auf finanzielle Unterstützungen angewiesen, wenn sie nicht erwerbstätig bleiben konnten. Diese gab es zum Beispiel aus dem Elternhaus oder vom Partner, wenn die Frauen in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft gelebt haben.

Tabelle 1: Aktivitätsstatus und Lebensform bei der Geburt des 1.Kindes
Frauen der Kohorten 1951-52 und 1959-61

Kohorte 1951-53

		Aktivitätsstatus			
		in Ausb.	erwerbst.	nicht in Ausb. nicht erwerbst.	
Lebensform	Single	32,5	47,5	20,0	100,0
	ne L	25,0	40,0	35,0	100,0
	verh.	12,0	46,3	41,8	100,1

Kohorte 1959-61

		Aktivitätsstatus			
		in Ausb.	erwerbst.	nicht in Ausb. nicht erwerbst.	
Lebensform	Single	19,3	42,1	38,6	100,0
	ne L	24,6	33,3	42,1	100,0
	verh.	11,7	28,7	59,6	100,0

Quelle: MPIfB, LV-Ost, eigene Berechnungen

Gegen die Instrumentalisierungshypothese, wie ich sie hier formuliert habe, spricht aber auch, daß Mütter nichtehelicher Kinder ihre Bevorzugung bei der Krippenvergabe genutzt haben: ihre Kinder gingen häufiger und länger in die Krippe als Kinder von verheirateten Frauen. Danach hat die Motivation zu einem bezahlten Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit die Nichtehelichenquote wohl nicht befördert. Gleichwohl, zu einer Zeit da man mit einem fehlenden Krippenplatz rechnen mußte, war man erheblich im Vorteil gegenüber verheirateten Frauen, zumal wenn man mit einem Partner zusammenlebte. So war es aus dieser Sicht in gewisser Weise optimal, eine Familie im Rahmen einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zu gründen. Die Heirat wurde fast immer nach wenigen Jahren nachgeholt.

4.2 Zur Korrespondenz zwischen Heirat, Geburt des ersten Kindes und Haushaltsgründung

Die Gründung eines eigenen Haushalts ist Teil des Übergangs in ein sozial und ökonomisch eigenständiges Leben. Ein wichtiger Faktor ist dabei die eigene Wohnung. Wohnungen waren in der DDR bis zuletzt knapp und wurden zum großen Teil gemäß einer Prioritätenregelung nach der individuellen Bedarfslage und persönlichen Verdiensten zugewiesen (Hinrichs 1992). Eine eigene Wohnung konnte ab dem Alter 18 beantragt werden.

Auch wenn im Vergleich zum Westen der Anteil von jungen Frauen und Männern, die vor Abschluß einer Ausbildung oder dem Start einer Erwerbstätigkeit einen eigenen Haushalt gründeten, eher gering war (vgl. Tabelle 2, 1. Zeile und Wagner/ Huinink 1991), war der wirtschaftliche Status nicht das entscheidende Kriterium bei der Zuteilung von Wohnungen. Man kann davon ausgehen, daß eine Heirat bzw. eine Familiengründung eine sehr wichtige Voraussetzung war, um gute Chancen für die Zuteilung einer eigenen Wohnung zu haben. Junge Ehepaare gehörten zu einer bevorzugten Zielgruppe bei der Wohnungsvergabe (Hinrichs 1992). Es wird immer wieder betont, daß der Staat mit seinen Mitteln die traditionelle Lebensform des verheirateten Ehepaares mit Kindern bevorzugt hat und damit auch dem Aufkommen neuer Lebensformen außerhalb der traditionellen Familie entgegenwirken wollte.

Tabelle 2: Kohortenspezifische Anteile von Männern und Frauen mit einer Haushaltsgründung ...

A	während der Ausbildung							
	Männer				Frauen			
Kohorte	1929-31	1939-41	1951-53	1959-61	1929-31	1939-41	1951-53	1959-61
%	7,3	10,0	14,5	12,3	4,6	6,6	15,5	18,9
B	**vor der ersten Berufstätigkeit**							
	Männer				Frauen			
Kohorte	1929-31	1939-41	1951-53	1959-61	1929-31	1939-41	1951-53	1959-61
%	4,3	7,8	10,8	10,8	5,0	4,9	15,9	18,6
C	**vor der ersten Heirat**							
	Männer				Frauen			
Kohorte	1929-31	1939-41	1951-53	1959-61	1929-31	1939-41	1951-53	1959-61
%	29,7	32,0	35,3	50,5	25,8	27,5	29,5	47,4
D	**vor der Geburt eines ersten Kindes**							
	Männer				Frauen			
Kohorte	1929-31	1939-41	1951-53	1959-61	1929-31	1939-41	1951-53	1959-61
%	70,3	73,6	69,3	66,4	70,4	64,3	63,3	58,9

Quelle: MPIfB, LV-Ost, eigene Berechnungen

Die besondere staatliche Fürsorge für alleinstehende Mütter sorgte dafür, daß auch im Fall der Geburt eines Kindes, ob mit oder ohne Ehe, sich die Chancen für eine eigene Wohnung beträchtlich vergrößerten, wenn auch zu einem deutlich geringeren Grad als bei der Ehe, wie entsprechende Schätzungen zeigen. In jedem Fall ist die These, wonach der frühe Start in eine Ehe und in die Elternschaft in der DDR auch mit einer Vergabepraxis von Wohnungen zu tun hat, die traditionelle Lebensformen bevorzugt hat, überaus plausibel. Das gilt im übrigen bis in die frühen siebziger Jahre hinein auch für die alte Bundesrepublik. Natürlich sind in der DDR eine Vielzahl anderer Faktoren bei der Wohnungsvergabe wichtig gewesen. So darf man zum Beispiel nicht vergessen, daß es eine zum Teil enge Kopplung zwischen beruflicher und regionaler Mobilität gegeben hat. Auch bei der Erstwohnung dürften Zugangschancen durch betriebliche Angebote verbessert worden sein. Darauf kann ich hier allerdings nicht weiter eingehen, und ich werde mich auf mögliche Zusammenhänge mit dem Wandel der Familienentwicklung konzentrieren.

Die demographischen Ergebnisse, die ich vorgestellt habe, weisen unter anderem einen deutlichen Altersaufschub bei den Eheschließungen in den achtziger Jahren aus. Eine umfassende Begründung für diesen Befund will ich hier nicht präsentieren. Es ist gewiß kein monokausaler Zusammenhang zu vermuten. Was aber auch immer zutrifft, eine Erklärung für den Anstieg des Heiratsalters darf meines Erachtens nicht der Annahme widersprechen, daß eine junge Frau oder ein junger Mann kaum um den Preis später geheiratet hätte, auch erst später einen eigenen Haushalt zu gründen zu können. Das wird ebenfalls durch die vorgestellten demographischen Zahlen bestätigt: Das Alter bei der Gründung des ersten eigenen Haushalts steigt nicht über die Kohorten an (vgl. Schaubild 1).

Es spricht nun, wie ich schon angedeutet habe und noch weiter zeigen werde, sehr viel dafür, daß die instrumentelle Bedeutung der Ehe gerade für die Etablierung eines eigenständigen Wohnstatus zunächst hoch gewesen ist. Daher, so eine mögliche weitere Schlußfolgerung, bedurfte es in den jüngeren Kohorten "funktionaler Äquivalente", die eine "Ablösung" der Heirat als eine wichtige Voraussetzung für die Realisierung eines eigenen Haushalts begünstigt haben. Das gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, daß man davon ausgehen kann, daß die Wohnungsvergabe bis zuletzt auch stark unter der Kontrolle der staatlichen Instanzen blieb.

Ist diese Annahme der Existenz funktionaler Äquivalente dagegen falsch, muß man über individuelle Strategien, die staatliche Versorgungshoheit im Wohnsektor zu unterlaufen oder zu konterkarieren, nachdenken. Bislang ist mir nichts bekannt, wonach die offizielle Regelung zur Wohnungsvergabepraxis in der DDR während der

80er Jahre signifikant verändert worden wäre. Es wird allerdings die These vertreten, daß "Differenzierungsprozesse in diesem Lebensbereich stärker und auch ausgeprägter als gemeinhin angenommen waren" (Hinrichs 1992, Zusammenfassung). Wie könnte das zu verstehen sein, und was könnten die treibenden Kräfte einer solchen Entwicklung gewesen sein?

Betrachtet man die Entwicklung der Anteile unverheirateter Männer und Frauen, die einen eigenen Haushalt gründen (vgl. Tabelle 2), erkennt man, daß eine zunehmende Zahl von Frauen in den jüngeren Kohorten, auch ohne geheiratet zu haben, mit der Suche nach einer eigenen Wohnung erfolgreich gewesen sind. In der Kohorte 1959-61 sind es immerhin etwa 50%. Es drängt sich der Verdacht auf, daß der Anstieg des Anteils der Geburten erster Kinder, die relativ früh und vor einer Ehe geboren wurden, damit im Zusammenhang steht. Immerhin sinkt laut Tabelle 2 der Anteil der Frauen und Männer, die vor der Geburt eines ersten Kindes ihren ersten eigenen Haushalt gründen. Wäre diese Vermutung korrekt, müßte man nachweisen können, daß die Geburt eines ersten Kindes und die Gründung des ersten eigenen Haushalts über die Kohorten verstärkt korrespondieren.

Ich habe mit einem qualitativen Verfahren der Datenanalyse, das heißt hier unter Verwendung allein nominal skalierter Merkmale, die Übergangsraten zum ersten eigenen Haushalt in Abhängigkeit verschiedener Merkmale der Befragten geschätzt. Ich konzentriere mich auf die Altersspanne von 15 bis 30 Jahren. Die Übergangsrate zu einem eigenen Haushalt wird als das Verhältnis der Anzahl der Personen, die ihren ersten eigenen Haushalt gründen, zu der Zahl der Personenmonate "at risk", also die Zahl der Monate seit dem 16. Geburtstag, die alle Zielpersonen bis zur Gründung des ersten eigenen Haushalts oder maximal bis zum Alter 30 aufweisen, berechnet. Ist keine Haushaltsgründung bis zum Alter 30 (zensierte Fälle) erfolgt, wird also der gesamte Zeitraum zwischen dem Alter 15 und dem Alter 30 berücksichtigt. Das ist die klassische demographische Definition der Rate. Das zugrundeliegende Ratenmodell entspricht dem Exponentialmodell mit der Annahme über die Zeit hin konstanter Übergangsraten.

Für unsere Befragten ist das Verhältnis von Haushaltsgründungen (Ereignissen) zu Personenmonaten "at risk", multipliziert mit 100, gleich 0,87%. Angenommen, zwischen dem Alter 15 und 30 könnte man von konstanten Übergangsraten zur ersten Haushaltsgründung ausgehen, würden danach von denjenigen, die noch nicht im eigenen Haushalt gelebt haben, pro Monat 0,87% einen ersten eigenen Haushalt gründen. Das entspricht einer durchschnittlichen Jahresrate von etwa 9%. Im allgemeinen ist die Annahme der Konstanz der Übergangsrate über die gesamte Alters-

spanne aber unplausibel. Die Chance für die Gründung eines eigenen Haushalts hängt von verschiedenen Bedingungsfaktoren ab, die sich mit zunehmendem Alter verändern können. Die Rate kann man daher zunächst nach einzelnen Altersphasen selbst differenzieren. Man kann sie auch für bestimmte Teilgruppen von Personen, die sich zeitweise in bestimmten Zuständen befinden oder bestimmte Attribute haben, getrennt berechnen. Mit Hilfe eines modifizierten loglinearen Modells kann man dann testen, ob sich die Raten für unterschiedliche Personengruppen oder Personen in unterschiedlichen Lebensverlaufsphasen signifikant voneinander unterscheiden (vgl. Laird/Olivier 1981, Yamaguchi 1991).

In der Tabelle 3 zeige ich die Übergangsraten zum ersten eigenen Haushalt zusammen mit der zugrundeliegenden Anzahl der Ereignisse und der Personenmonate "at risk", differenziert nach der Kohortenzugehörigkeit und der zeitlichen Nähe zu einer Heirat. Ich unterscheide für Männer und Frauen in den Kohorten die Raten danach, ob jemand noch nicht verheiratet ist (bis zu einem halben Jahr vor einer etwaigen Heirat), ob sich jemand im Zeitraum von einem halben Jahr vor bis zu eineinhalb Jahren nach einer Heirat befindet, oder ob jemand schon länger als eineinhalb Jahre verheiratet ist. In der Kohorte 1951-53 gründen danach zum Beispiel 270 Männer und Frauen einen eigenen Haushalt innerhalb des Zeitraumes von einem halben Jahr vor bis eineinhalb Jahren nach der Heirat. Das entspricht einer durchschnittlichen Übergangsrate von 5,16% auf den einzelnen Monat bezogen.

Die Übergangsraten zur Haushaltsgründung sind für die Zeit um die Eheschließung herum weitaus die größten. Wir finden im Kohortenvergleich insgesamt keinen signifikanten Rückgang der Übergangsraten zum ersten eigenen Haushalt bei verheirateten Männern und Frauen. Die absolute Zahl derer, die einen eigenen Haushalt in zeitlicher Nähe zu einer Heirat (sechs Monate vor bis 18 Monate nach einer Heirat) gründen, geht zwar vor allem zugunsten der Haushaltsgründungen vor der Heirat zurück (Zahl der Ereignisse). Die Rate sinkt jedoch nur geringfügig. Der Anteil derer, die erst später nach der Heirat den eigenen Haushalt gründen, nimmt etwas zu. Ihre Wartezeit verkürzt sich aber über die Kohorten hin (Personenmonate), das bedeutet, die Rate nimmt signifikant zu, und zwar von 1,67% in der ältesten Kohorte auf fast 4% in der jüngsten Kohorte.

Tabelle 3: Übergangsraten zum ersten eigenen Haushalt nach der Kohortenzugehörigkeit und der zeitlichen Nähe zu einer Heirat

	Mehr als 6 Monate vor einer Heirat			6 Monate vor bis 18 Monate nach einer Heirat			Mehr als 18 Monate nach einer Heirat		
Kohorte	Ereignisse	Pers.-Mo.	Rate	Ereignisse	Pers.-Mo.	Rate	Ereignisse	Pers.-Mo.	Rate
1929-31	93	51321	0,0018	303	5199	0,0583	76	4539	0,0167
1939-41	109	47418	0,0023	287	5159	0,0556	79	4000	0,0198
1951-53	126	44823	0,0028	270	5231	0,0516	96	2652	0,0362
1959-61	219	45889	0,0048	202	4108	0,0492	84	2115	0,0397

Quelle: MPIfB, LV-Ost, eigene Berechnungen

Bei unserer Nachfrage danach, wie die Befragten zu ihrer ersten Wohnung gekommen seien, gaben gerade diese Männer und Frauen, die länger als eineinhalb Jahre nach der Heirat noch auf eine eigene Wohnung warteten, im Vergleich zu allen anderen signifikant häufiger an, daß sie in unterschiedlicher Weise auf verantwortliche Stellen Druck (Eingaben, Druck im Betrieb u.ä.) ausgeübt hätten, um eine Wohnung zu erlangen. Insgesamt hat das Niveau dieser Aktivitäten über die Kohorten hin deutlich zugenommen.

Ein weiteres interessantes Ergebnis ist, daß Männer und Frauen, die bei einer Heirat oder danach ihren eigenen Haushalt gegründet haben, signifikant häufiger den Zeitpunkt der Heirat instrumentell begründen, und zwar vor allem mit dem Argument, man hätte nur so eine Wohnung bekommen können. Das gilt ebenfalls besonders ausgeprägt in der jüngsten Kohorte. Es spricht also nach wie vor einiges dafür, daß die Heirat für viele Befragte auch nach eigenem Bekunden eine instrumentelle Funktion im Hinblick auf die Haushaltsgründung hatte.

Wenn man weitere Zustandsvariablen in dem Ratenmodell berücksichtigt, stellt man auch fest, daß der Zugang zum eigenen Haushalt in der Großstadt in allen Geburtsjahrgängen wesentlich schneller erreicht wurde. Das gleiche gilt für den Fall, daß man ein Kind hatte.

Nun konnte aber, wie schon gezeigt, die Haushaltsgründung immer häufiger vor einer Eheschließung realisiert werden, der entsprechende Anstieg der Raten von 0,18% auf 0,48% (vgl. Tabelle 3) ist hochsignifikant. Betrachten wir daher Ratenschätzungen für die Gründung eines eigenen Haushalts während einer Zeit, in der Befragte nicht verheiratet waren, genauer. Stimmte die These von der zunehmenden Bedeutung der frühen Elternschaft für den Zugang zu einer eigenen Wohnung, müßte die relative Bedeutung einer Kindgeburt hier im Kohortenvergleich zunehmen. In der Tabelle 4 sind analog zur Tabelle 3 die Übergangsraten unverheirateter Männer und Frauen zum ersten eigenen Haushalt danach differenziert, ob man noch kein Kind hatte bzw. sich in der Zeit mehr als ein halbes Jahr vor der Geburt des ersten Kindes "befand", ob man sich in der zeitlichen Nähe der Geburt des ersten Kindes oder mindestens eineinhalb Jahre danach befand.

Tabelle 4: Übergangsraten zum ersten eigenen Haushalt. Unverheiratete Männer und Frauen

	Mehr als 6 Monate vor der Geburt eines 1. Kindes			6 Monate vor bis 18 Monate nach der Geburt eines 1. Kindes			Mehr als 18 Monate nach der Geburt eines 1. Kindes		
Kohorte	Ereignisse	Pers.-Mo.	Rate	Ereignisse	Pers.-Mo.	Rate	Ereignisse	Pers.-Mo.	Rate
1929-31	80	49685	0,0016	11	895	0,0123	2	741	0,0027
1939-41	101	46190	0,0022	5	642	0,0078	3	586	0,0051
1951-53	104	43526	0,0024	16	837	0,0191	6	460	0,0130
1959-61	161	43389	0,0037	33	1712	0,0193	25	788	0,0317

Quelle: MPIfB, LV-Ost, eigene Berechnungen

Wir finden einen signifikanten Anstieg der Übergangsraten zum ersten eigenen Haushalt für nichtverheiratete Männer und Frauen im Zusammenhang mit der Geburt des ersten Kindes. Das gleiche gilt aber für die Zeit, in der die Geburt eines ersten Kindes noch nicht erfolgt ist. Hier ist der Zuwachs in der Rate von 0,0016 auf 0,0037 sogar größer. Überproportional steigen die Raten in signifikanter Weise allerdings nur dann, wenn das Kind schon etwas älter ist. Die Rate für die Kohorte 1959-61 ist sehr hoch und beträgt 3,17%.

Wie ist dieses Ergebnis zu interpretieren? Zum einen hat sich das Kind zumindest mittelfristig als ein "wirksamer Hebel" zur Verwirklichung des Wunsches nach einer eigenen Wohnung erwiesen. Offensichtlich konnten die Frauen und Männer der jüngeren Kohorten aber auch ohne Familiengründung die Chance des Zugangs zu einem eigenen Haushalt deutlich verbessern. Die unverheirateten Männer und Frauen erhielten ihre Wohnung nicht allein über Strategien des Einklagens von Ansprüchen, die ja auch begrenzt gewesen sein dürften. Sie waren dagegen insgesamt stärker aktiv, was die (alternative) Wohnungssuche angeht: Paradebeispiel ist hier das Auffinden leerstehender Wohnungen. Diese Aktivitäten haben über die Kohorten hin deutlich zugenommen und sind von fast 20% der zum Zeitpunkt der Haushaltsgründung nicht verheirateten Befragten der Kohorte 1959-61 angegeben worden. Wenn es eine Veränderung in der Praxis der Wohnungsämter der DDR gegeben hat, dann sicherlich die, daß man in den 80er Jahren immer mehr davon abgesehen hat, Personen, die sich zunächst ungesetzlich den Zugang zu einer leerstehenden Wohnung verschafft haben, aus diesen Wohnungen zu vertreiben. Diese Wohnungen waren durchweg von geringem Komfort. Sie zählten zu der größer werdenden Zahl unattraktiver Wohnungen, die Personen mit einem gesetzlichen Anspruch auf eine Wohnung sich nicht mehr zuweisen lassen wollten und für deren Renovierung die Mittel fehlten.

Das macht wiederum plausibel, daß die Haushaltsgründung für unverheiratete Personen in der Großstadt leichter war. In dem Ratenmodell findet man in den jüngeren Kohorten höhere Übergangsraten insbesondere für unverheiratete Personen ohne Kinder, die in einer Großstadt gewohnt haben. Ein beträchtlicher Anteil des Anstiegs der Chancen dieser Personengruppe für eine eigene Wohnung über die Kohorten hin geht auf einen Interaktionseffekt von Geburtsjahrgang und Leben in der Großstadt zurück.

Der starke Anstieg der Übergangsraten zum eigenen Haushalt bei unverheirateten Männern und Frauen hat keinen Anstieg von Single-Haushalten zur Folge: Er kommt vor allem nichtehelichen Lebensgemeinschaften zugute. Bemerkenswert ist auch,

daß die Haushaltsgründung im Zusammenhang mit einer Kindgeburt gar zu 80% die Etablierung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft bedeutet. Viele Männer und Frauen erreichen es also in den 80er Jahren, ein gleichsam normales Familienleben mit Kindern zu etablieren, ohne zu heiraten. Die Vorteile nichtehelicher Geburten für Frauen schlagen hier ganz deutlich zu Buche. Man kann durchaus annehmen, daß die frühe nichteheliche Elternschaft nicht so sehr verstärkt zur Generierung von Ansprüchen auf eine eigene Wohnung "eingesetzt" wurde. Umgekehrt könnten ein Wandel im Heiratsverhalten und die Vorteile nichtehelicher Elternschaft aber zu einer Verstärkung der Bedeutung eines "zweiten Wohnungsmarkts" beigetragen haben, der sich den offiziellen Regeln der Wohnungsversorgung entzog.

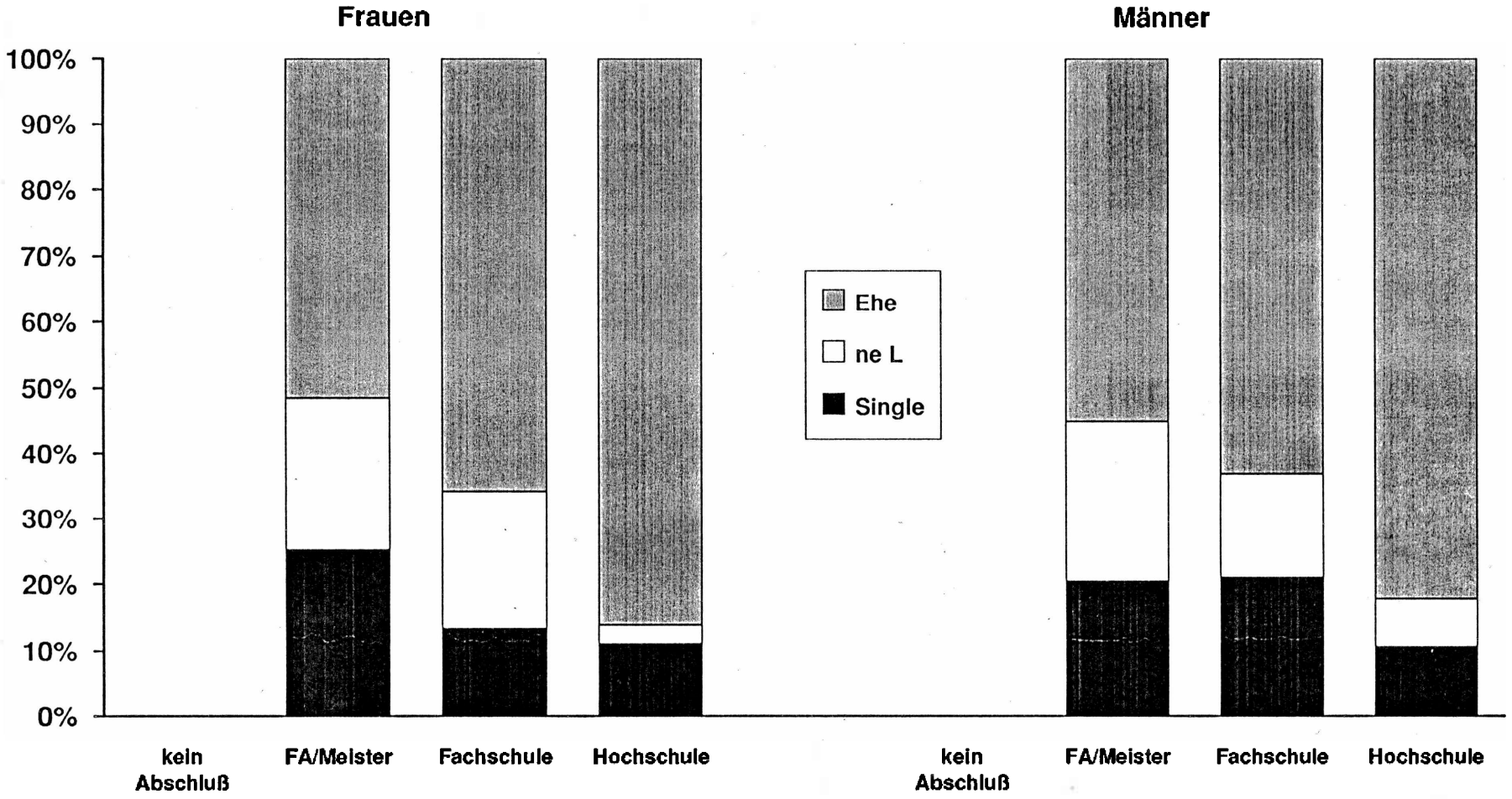
4.3 Der Fall der Hochschulabsolventen

Ich möchte zum Schluß noch einen Befund vorstellen, der zeigt, wo die familienpolitisch eher konservativ ausgerichtete DDR-Politik außerordentlich erfolgreich sein konnte und frage, welche Rolle das Ausbildungsniveau gespielt hat. Auch hier zeigt sich für westdeutsche Augen ein überraschendes Bild. Es ist jedoch voll kompatibel mit einer instrumentellen Funktion von der Ehe, die sich als Ergebnis einer individuellen Reaktion auf eben diese Politik verstehen läßt.

Betrachtet man das Ratenmodell für die Gründung eines eigenen Haushalts vor einer Heirat für verschiedene Bildungsniveaus, so stellt man fest, daß der rasante Anstieg der Übergangsraten Unverheirateter zu einem eigenen Haushalt bei Hochschulabsolventen nicht zu beobachten ist. Dieses Ergebnis steht im völligen Widerspruch zu Verhältnissen in Westdeutschland.

In dieser Bildungsgruppe haben offensichtlich andere sozialpolitische Rahmenbedingungen der Familien- und Haushaltsgründung eine Rolle gespielt. Illustrieren will ich das am Schaubild 6, in dem ich für die Männer und Frauen der Kohorte 1959-61 nach dem Ausbildungsniveau differenziert zeige, in welcher Lebensform das erste Kind geboren wurde (vgl. Schaubild 3). Man erkennt, daß der Anteil nichtehelicher Geburten, insbesondere der Anteil von Geburten in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft bei den Hochschulabsolventen im Vergleich zu den beiden anderen dargestellten Bildungsgruppen sehr klein ist. Die Begründung dafür ist relativ einfach.

Schaubild 6: Lebensform bei der Geburt des 1. Kindes nach Geschlecht und Ausbildung; Kohorte 1959-61



Quelle: MPIfB, LV-Ost, eigene Berechnungen

fassende Kontrollfunktion gerecht zu werden. Damit wurden individuelle Strategien der Umgehung verordneter Lebensplanung möglich. In Bereichen, wo der Zugriff allerdings wohl bis zuletzt sehr weitreichend gewesen ist, wie zum Beispiel im Ausbildungsbereich, bleibt die strukturierende Kraft ungebrochen. Das konnte eindrucksvoll durch das Beispiel der Familiengründung bei HochschulabsolventINNen empirisch untermauert werden.

Literatur

Familiengesetzbuch der DDR 1975

Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Dezember 1965 in der Fassung des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. Juni 1975. Berlin: Staatsverlag der DDR.

Dorbritz, Jürgen 1992

Nuptialität, Fertilität und familiale Lebensformen in der sozialen Transformation - Übergang zu einer neuen Bevölkerungsweise in Deutschland? Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 18, S. 167-196.

Engler, Wolfgang 1992

Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Gysi, Jutta 1989

Frauen- und Familienentwicklung in der DDR. In: Timmermann, Heiner (Hg.), Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR. Saarbrücken: Dadder, 2. Auflage., S. 93-115.

Gysi, Jutta 1990

Die Zukunft von Familie und Ehe, Familienpolitik und Familienforschung in der DDR. In: Burkart, Günter (Hg.), Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch (1. Beiheft der Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie). Weinheim: Juventa, S. 33-41.

Helwig, Gisela 1984

Jugend und Familie in der DDR. Leitbild und Alltag im Widerspruch. Köln: Wissenschaft und Politik (Edition Deutschland Archiv).

Helwig, Gisela 1987

Frau und Familie. Bundesrepublik Deutschland - DDR. Köln: Wissenschaft und Politik, 2. Auflage.

Hille, Barbara 1985

Familie und Sozialisation in der DDR. Opladen: Leske + Budrich.

Hinrichs, Wilhelm 1992

Wohnungsversorgung in der ehemaligen DDR - Verteilungskriterien und Zugangswege (WZB-Papier P92-105). Wissenschaftszentrum Berlin, AG Sozialberichterstattung.

Hoffmann, Elke/Trappe, Heike 1990
Leben mit Kindern in der DDR. Ergebnisse bevölkerungssoziologischer Forschung. In: Burkart, Günter (Hg.), Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch (1. Beiheft der Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie). Weinheim: Juventa, S. 42-54.

Huinink, Johannes 1992d
Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR. In: Meyer, Hansgünter (Hg.), Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme. Berlin: Akademie Verlag, S. 233-244.

Keiser, Sarina 1992
Zusammenfassende Darstellung zentraler Ergebnisse des Familiensurveys-Ost. In: Bertram, Hans (Hg.), Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation. Opladen: Leske + Budrich, S. 19-38.

Laird, Nan/Olivier, Donald 1981
Covariance Analysis of Censored Survival Data Using Log-Linear Analysis Techniques. Journal of the American Statistical Association, 76, S. 231-240.

Lampert, Heinz 1991
Familienpolitik in Deutschland. Ein Beitrag zu einer familienpolitischen Konzeption im vereinten Deutschland. In: Kleinhenz, Gerhard (Hg.), Sozialpolitik im vereinten Deutschland I. Berlin: Duncker & Humblot, S. 115-139.

Rosenbaum, Heidi 1978
Familie als Gegenstruktur zur Gesellschaft. Kritik grundlegender theoretischer Ansätze der westdeutschen Familiensoziologie. Stuttgart: Enke, 2. Auflage.

Schilling, Lisbeth 1989
Chronik zur Geschichte der Sozialpolitik in der DDR (1945-1988). Sonderheft 1989 "Soziologie und Sozialpolitik". Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, Institut für Soziologie und Sozialpolitik.

Trappe, Heike 1993
Handlungsstrategien von Frauen unterschiedlicher Generationen zur Verbindung von Familie und Beruf und deren Beeinflussung durch sozialpolitische Rahmenbedingungen. OSTFEM II, Berlin, 25. bis 27. November.

Wagner, Michael/Huinink, Johannes 1991
Neuere Trends beim Auszug aus dem Elternhaus. In: Buttler, Günter/Hoffmann-Nowotny, Hans-J./Schmitt-Rink, Gerhard (Hg.), Acta Demographica 1991. Heidelberg: Physica, S. 39-62.

Wendt, Hartmut 1991
Geburtenhäufigkeit in beiden deutschen Staaten - zwischen Konvergenz und Divergenz. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 17(3), S. 251-280.

Winkler, Gunnar (Hg.) 1990
Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Berlin: Die Wirtschaft.

Yamaguchi, Kazuo 1991
Event History Analysis. Newbury Park: Sage.

Bisherige Veröffentlichungen des Projekts

Huinink, J.: Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR. In: Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, Hrsg. H. Meyer. Akademie Verlag Berlin 1992, 233-244.

Huinink, J. und K.U. Mayer: Lebensverläufe im Wandel der DDR-Gesellshaft. In: Der Zusammenbruch der DDR, Hrsg. H. Joas, M. Kohli. Suhrkamp, Frankfurt 1993, 151-171.

Mayer, K.U.: Soziale Ungleichheit und Lebensverläufe. Notizen zur Inkorporation der DDR in die Bundesrepublik und ihre Folgen. In: Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Hrsg. B. Giesen, C. Leggewie. Rotbuch, Berlin 1991, 87-99.

Mayer, K.U.: Die soziale Ordnung der DDR und einige Folgen für die Inkorporation in die BRD. In: Heft 11, BISS public, 1993, 39-55.

Mayer, K.U.: Wiedervereinigung, soziale Kontrolle und Generationen. Elemente einer Transformationstheorie. In: Gesellschaft, Stadt und Lebensverläufe im Umbruch. Kurseinheit 1, Hrsg. Fernuniversität (Gesamthochschule), Hagen, 37-54.

Trappe, H.: Erwerbsverläufe von Frauen und Männern in verschiedenen historischen Phasen der DDR-Entwicklung. In: Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch. Referate der Herbsttagung 1991 des Arbeitskreises "Bevölkerungsökonomie" der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, Hrsg. N. Ott, G. Wagner. Duncker & Humblot, Berlin 1992, 172-208.

Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR: Annäherung an die soziale Wirklichkeit der DDR. Erste Ergebnisse. Arbeitsbericht 1, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1993.

Mayer, K.U. und H. Solga: DDR-adäquate Schemata für die Abbildung der beruflichen Stellung, der beruflichen Tätigkeiten und Ausbildungen. Arbeitsbericht 2, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1993.

Mayer, K.U. und H. Solga: Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen? Arbeitsbericht 3, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1993.

Diewald, M.: Informelle Beziehungen und Hilfeleistungen in der DDR: Persönliche Bindung und instrumentelle Nützlichkeit, Arbeitsbericht 4, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1993.